



PRESSEMITTEILUNG

Für ein EU-weites Verbot Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungsmitteln

14 Bündnispartner aus Naturkosmetik-Marken, zwei Apps und Umweltschutzorganisationen schließen sich zusammen

Berlin, 15. Februar 2022 - Um ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungsmitteln zu beschleunigen und die Politik zum Handeln zu bringen, hat sich die Ozeanschutz-Kollektiv Ocean. Now! mit vier weiteren Umweltschutzorganisationen, acht Marken im Bereich Naturkosmetik und Reinigungsmitteln und den zwei Apps CodeCheck und Beat the Microbead zusammengetan. Zu den insgesamt 14 Bündnispartnern gehören Marken wie WELEDA, ANNEMARIE BÖRLIND, Coscoon, i+m, Planet Pure, Sonett und UND GRETEL. Außerdem unterstützen die Umweltschutzorganisationen Plastic Soup Foundation, Plasticscontrol, Whale and Dolphin Conservation und Zero Waste e.V. das Vorhaben.

Ziel ist es, zusammen ein klares Signal an die deutsche Regierung und die EU Kommission zu senden. 90.000 Unterschriften wurden bereits im Juni 2019 mit einer Petition für ein gesetzliches Verbot von Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungsmitteln an Bundesumweltministerin Svenja Schulze [überreicht](#). Um dem Thema Mikroplastik im Ozean mehr politisches Gehör zu verschaffen, hat sich jetzt das neue Bündnis mit dem gleichen Offenen Brief mit aktuell über 128.000 Unterschriften erneut an das Bundesumweltministerium gewendet. Das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel der deutschen Regierung, Mikroplastik in fester als auch gelöster Form europaweit gesetzlich verbieten zu lassen, begrüßt das Bündnis und möchte seinem Anliegen Nachdruck verleihen. Die erweiterte Petition und der Offene Brief wurden am 15. Februar um 13:00 Uhr der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Dr. Bettina Hoffmann, virtuell überreicht.

Laut einer Greenpeace Studie lehnen 83% aller Deutschen Mikroplastik in Kosmetik ab.¹ Seit 2013 wird das Thema im sogenannten „Kosmetikdialog“² seitens der deutschen Politik und der Industrie diskutiert. Im Jahr 2020 lief die freiwillige Selbstverpflichtung von Herstellern aus, festes Mikroplastik zu entfernen, aus (siehe 5-Punkte-Plan des BMU³). Gelöste synthetische Polymere, die vereinfacht auch als „flüssiges Mikroplastik“ bezeichnet werden, wurden bis dato im öffentlichen Dialog jedoch vernachlässigt. Eine Vorreiterrolle in Deutschland übernimmt hier das hessische Umweltministerium, das eine Regulierung von flüssigem Mikroplastik fordert.⁴

Mit dem 128.000 Unterschriften starken Brief setzt Ocean. Now! gemeinsam mit seinen Bündnispartnern ein spürbares Zeichen und wichtiges Signal für Politik, Öffentlichkeit und die Umwelt.

[Hier geht es zum Offenen Brief](#) – helfen Sie uns dabei, diesem Anliegen mehr Gehör zu verschaffen.

Zum Hintergrund:

Mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (insbesondere Punkt 14.1) hat sich die Politik verpflichtet, sich dem Meeresschutz anzunehmen. Als Ozeanschutz-Kollektiv im Einsatz gegen Mikroplastik verfolgt Ocean. Now! die ersten Schritte der Politik in Richtung saubere Meere und Reduktion von Plastik wohlwollend. Ein Verbot von festem Mikroplastik wird zurzeit in der EU diskutiert. Doch auch für flüssiges Mikroplastik müssen Regelungen geschaffen werden. Das Thema hat bislang noch keine Beachtung gefunden. Der Organisation ist bewusst, dass dies ein langer Prozess ist. Ocean. Now! unterstützt dabei, diesen voranzutreiben und zu vereinfachen.

Ansprechpartnerin für das Event und für die Presse:

Ocean. Now! - Meike Schützek (Gründerin der Initiative)
press@ocean-now.org
+49 17682797897

[Klicken Sie hier](#), um weiteres Pressematerial einzusehen.

¹ Greenpeace Studie, „Was Verbraucher vom Einsatz fester und flüssiger Kunststoffe in Kosmetik- und Pflegeprodukten halten“, Januar 2017, https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170105_greenpeace_umfrage_plastik_kosmetik.pdf

² Der sogenannte „Kosmetikdialog“ ist eine Vereinbarung zwischen deutsche Herstellern von Kosmetik- und Reinigungsmitteln und dem Bundesumweltministerium, die seit Oktober 2013 gilt. Sie besteht aus dem freiwilligen Ausstieg von Mikroplastik seitens der Hersteller in der Produktion bis zum Jahr 2020. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/071/1807181.pdf>

³ „Nein zur Wegwerfgesellschaft - 5-Punkte-Plan des Bundesumweltministeriums für weniger Plastik und mehr Recycling“, BMU, November 2018

⁴ Hessisches Umweltministerium, „Maßnahmen im Rahmen der Plastikvermeidungsstrategie“, November 2019
https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/massnahmen_im_rahmen_der_plastikvermeidungsstrategie.pdf